

25**81**

Union in Deutschland

Bonn, den 10. September 1981

Die Wende ist fällig

Die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung sind ein bestürzendes Dokument politischer Schwäche, wirtschaftspolitischer Ratlosigkeit und finanzpolitischer Kurzatmigkeit. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat nach eingehenden Beratungen in ihrer Stellungnahme zu diesen Beschlüssen die Voraussetzungen aufgezeigt, die notwendig sind, um endlich die erforderliche wirtschafts- und finanzpolitische Wende einzuleiten.

Die Opposition darf die Verantwortung der Regierung für die Lösung der von ihr selbst geschaffenen Probleme nicht verwischen. Die Union wird aber alle Sparvorschläge der Koalition verantwortungsbewußt prüfen. Dabei gilt: Steuer- und Abgabenerhöhungen lehnen wir ab. Die von der Regierung vorgesehene Senkung des Kindergeldes für Mehrkinderfamilien kommt für uns nicht in Betracht. Weitere Einsparungen sind unausweichlich, um die zerrütteten Staatsfinanzen zu sanieren.

Hierfür hat die CDU/CSU in sechs Punkten Beispiele aufgezeigt und die Bundesregierung aufgefordert, entsprechende Vorschläge vorzulegen. Durch Vertagung, erklärte Helmut Kohl, löst man keine Probleme. Wer nur noch die Erhaltung der eigenen Macht im Sinn hat, hat sein Mandat verspielt.

■ HAUSHALT

Die Stellungnahme der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den finanzpolitischen Beschlüssen der Bundesregierung

Seiten 2—4

■ BUNDESPARTEI

Motto, Tagesordnung und Hinweis auf Antragsfristen für den 30. Bundesparteitag vom 3. bis 5. 11. 1981 in Hamburg

Seite 5

■ VERTEIDIGUNG

Bundeswehr nach Sparbeschlüssen nur noch bedingt einsatzbereit

Seite 7

■ VERFASSUNGSSCHUTZ

Bericht des Innenministers verharmlöst Volksfrontbündnisse

Seite 8

■ KPV

Bonner Sparpläne nicht auf Kosten der Gemeinden

Seite 13

■ DOKUMENTATION

Fortschritt und Reform — Die Union fordert eine neue medienpolitische Rahmenverordnung

grüner Teil

■ ÖA

Frieden und Freiheit / Aktionsvorschläge der Frauenvereini-

rosa Teil

Die Stellungnahme der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den finanzpolitischen Beschlüssen der Bundesregierung vom 3. September 1981 hat folgenden Wortlaut:

I. Schwere Krise von Wirtschaft und Finanzen

Unser Land befindet sich in einer schweren Krise von Wirtschaft und Finanzen. Alle vier Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes sind gleichzeitig verfehlt:

Statt eines hohen Beschäftigungsstandes haben wir die höchste Arbeitslosigkeit seit fast 30 Jahren, statt Stabilität des Preisniveaus zunehmende Inflationsraten,

statt eines stetigen und angemessenen Wirtschaftswachstums wirtschaftlichen Rückgang und

statt außenwirtschaftlichem Gleichgewicht ein riesiges Defizit in der Leistungsbilanz mit dem Ausland.

Diese Fehlentwicklung wird von einer tiefgreifenden Zerrüttung der Staatsfinanzen begleitet.

Das sind die Folgen der falschen Politik seit 1969, für die SPD und FDP die Verantwortung tragen. Die entscheidenden Ursachen sind das von beiden Koalitionspartnern durch eine Flut von Versprechungen erzeugte Anspruchsdenken, die verhängnisvolle Erprobung der Belastungsfähigkeit von Wirtschaft, Steuer- und Beitragszahlern, die massive Erhöhung des Staatsanteils und die hemmungslose Schuldenwirtschaft der vergangenen Jahre.

II. Wiederbelebung der Wirtschaft

Eine Schlüsselrolle bei der Überwindung der Schwierigkeiten kommt der Sanierung der zerrütteten Staatsfinanzen zu. Die Herabsetzung der Neuverschuldung auf ein erträgliches Maß ist unabdingbare Voraussetzung

für die Wiederherstellung unserer Wirtschaft,

für die Wiederherstellung der verlorenen Handlungsfähigkeit des Staates, für den Abbau der riesigen Defizite gegenüber dem Ausland und

für die Senkung der extrem hohen Zinsen. Sie wirken als Investitionsbremse, gefährden noch mehr Arbeitsplätze und bringen kleine und mittlere Betriebe in akute Existenznot.

Eine wirtschaftliche Belebung ist nur über eine Stärkung der Selbstverantwortung, der Stärkung der Fähigkeit und Bereitschaft zu Leistung und Investition möglich.

Dazu gehört neben der Sanierung der Staatsfinanzen ein allmählicher Abbau der zu hoch gewordenen Belastung von Arbeitnehmern und Wirtschaft mit Steuern und Abgaben.

Vordringlich ist ein konsequenter Abbau der politischen und administrativen Investitionshemmnisse, insbesondere die Inangriffnahme erfolgversprechender Maßnahmen zur marktwirtschaftsgerechten Ankurbelung des privaten Wohnungsbaus, zur Wiederherstellung der erforderlichen Rechtssicherheit im Kraftwerksbereich und zur breiten Nutzung der Kommunikationstechniken.

Nur so kann Vertrauen gebildet werden, nur so werden Leistungs- und Investitionsanreize geschaffen.

Sogenannte „Konjunkturprogramme“, die nur in einer Erhöhung der staatli-

chen Ausgaben bei Finanzierung durch Kreditaufnahme oder Steuer- und Abgabenerhöhung bestehen, sind nicht nur, wie in der Vergangenheit erwiesen, für eine Verbesserung der Beschäftigungslage wirkungslos, sondern schädlich und falsch. Dagegen sind die vorgeschlagenen Verbesserungen der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten und des Verlustrücktrages Schritte in die richtige Richtung.

Die Bundesregierung hat in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1981 (BT-Drs. 9/125) unter B Ziff. 11 zu Recht festgestellt:

„Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht 1981 vor allem darin, Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die es der privaten Wirtschaft ermöglichen, mit Investitionen zur Erneuerung des Produktionsapparates und zur Erweiterung der Beschäftigung wieder einen nachhaltigen Wachstumsprozeß in Gang zu halten ...“

III. Sanierung aller öffentlichen Haushalte

Die gesamtstaatliche Verantwortung und die Einheit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gebietet die Sanierung aller öffentlichen Haushalte. Eine Verschiebung der Schulden zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern löst kein Problem. Die Rückführung des zu hoch gewordenen Staatsanteils ist nur in einem mehrjährigen Stufenprogramm und nicht ohne eine Beschränkung des Wucherns staatlicher Bürokratie und nicht ohne Eingriffe auch in gesetzlich festgelegte Leistungen möglich.

Um die erforderliche wirtschafts- und finanzpolitische Wende jetzt endlich einzuleiten, muß die Neuverschuldung beim Haushalt 1982 und im mittelfristigen Finanzplan deutlich niedriger lie-

gen. Dabei ist der Haushaltsausgleich im Gegensatz zu den Vorschlägen der SPD/FDP-Koalition nicht über eine Kürzung der ohnedies zu geringen investiven Ausgaben herzustellen, sondern durch Einsparungen vor allem bei konsumtiven Ausgaben und bei Personalausgaben.

Es ist zunächst Aufgabe der Regierung, die zur Konsolidierung notwendigen Vorschläge einzubringen. Die Opposition darf die Verantwortung der Regierung für die Lösung der von der Regierung selbst geschaffenen Probleme nicht verwischen. Die Union wird aber alle Sparvorschläge der Koalition verantwortungsbewußt prüfen. Dabei gilt: **Steuer- und Abgabenerhöhungen lehnen wir ab.**

Die von der Regierung vorgesehene Senkung des Kindergeldes für Mehrkinderfamilien kommt für uns nicht in Betracht.

Die Sparvorschläge der Regierung sind insgesamt unausgewogen und unzureichend. Das selbst gesetzte Sparziel ist nicht erreicht.

IV. Weitere Einsparungen unausweichlich

Die CDU/CSU hält weitere Einsparungen für unausweichlich und fordert die Bundesregierung auf, entsprechende Vorschläge vorzulegen. Dabei gehören alle staatlichen Ausgaben auf den Prüfstand. Ziel muß sein, Leistungen und Subventionen um insgesamt 5% zu kürzen.

Wie dies zu erreichen ist, zeigen einige Beispiele, wobei wir wegen der Notwendigkeit der dauerhaften Sanierung der öffentlichen Haushalte und wegen der Gesamtabgabenbelastung nicht nur den Bundeshaushalt im Auge haben.

① Die Leistungen nach dem **Bundesausbildungsförderungsgesetz**, insbesondere bei Schülern in allgemeinbildenden Schulen am Wohnort der Eltern, müssen verringert werden. Die Ausbildungsförderung für Studenten ist wieder stärker an nachgewiesene Leistungen während des gesamten Studiums zu binden, und die Darlehensanteile an Förderungen sind auch zu vergrößern. Die Rückzahlung der Darlehen nach dem Studium ist durch ein unbürokratisches Verfahren sicherzustellen.

② Die Länder und die Gemeinden sind durch die ständig gestiegene Zahl der **Scheinasylanten** vor fast unlösbare Probleme gestellt. Die durch den Mißbrauch des Grundrechts auf Asyl entstandenen Kosten werden auf etwa 1 Milliarde Mark jährlich geschätzt. Die CDU/CSU hat seit Jahren eine grundlegende Reform des Asylverfahrens gefordert und eigene Gesetzesvorschläge vorgelegt.

③ Die von SPD und FDP in den letzten Jahren betriebene Politik der Ausweitung der staatlichen Aufgaben hat zu überhöhten **öffentlichen Personalausgaben** geführt. Die Gründe liegen darin: Wir haben zu viele öffentliche Aufgaben, zu viele und zu komplizierte öffentliche Vorschriften und daher zu viele öffentliche Bedienstete. Ihre Zahl ist in den siebziger Jahren um 1,1 Millionen gestiegen. Die Gesamtzahl der öffentlichen Bediensteten muß daher in den nächsten Jahren schrittweise um jährlich 1% vermindert werden. Das setzt eine Verminderung der öffentlichen Aufgaben und eine Vereinfachung der bürokratischen Vorschriften voraus.

④ Die **Finanzierung der Rentenversicherung** muß dauerhaft ohne eine Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge gesichert werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat

wiederholt die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages der Rentner vorgeschlagen. Eine weitere Besteuerung wird von uns abgelehnt.

⑤ Eine sozial **vertretbare Verminderung der Leistungen beim Arbeitslosengeld** und der Arbeitslosenhilfe für Anspruchsberechtigte ist nicht mehr zu umgehen. Dazu bieten sich zwei Möglichkeiten an: entweder die Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe für Anspruchsberechtigte ohne Kinder oder eine Änderung der Bemessungsgrundlage des Arbeitslosengeldes (Arbeitsentgelt im engeren Sinn unter Ausschluß von Überstundenentgelt und wiederkehrende Leistungen wie Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Urlaubsabgeltung, 13. und weitere Gehälter).

Es geht darum, die Fälle zu beseitigen, in denen das Arbeitslosentgelt höher ist als das Nettoentgelt vergleichbarer Arbeitnehmer. Notwendig ist eine Regelung, die die Vermittelbarkeit von Arbeitslosen erleichtert.

⑥ Die CDU/CSU-Fraktion fordert Bund und Länder auf, Vorschläge zu machen, um eine **Ausweitung der Kosten der Sozialhilfe für alle Sozialhilfeträger** zu verhindern. Ziel dieser Vorschläge muß vor allem sein, das Prinzip der Bedarfsdeckung strenger zu fassen und Hilfen in besonderen Lebenslagen auf das Notwendige zu beschränken. Ferner müssen Regelungen getroffen werden, die verhindern, daß Kürzungen bei den sozialen Leistungsgesetzen zu neuen Rechtsansprüchen an die Sozialhilfe führen.

Die CDU/CSU-Fraktion tritt für die auch von anderen geforderte Wende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein. Sie wird in den parlamentarischen Beratungen Anträgen, die auf diese Wende zielen, zustimmen und eigene Anträge einbringen.

Motto des 30. Bundesparteitages der CDU
3. bis 5. 11. 1981 in Hamburg

Mit der Jugend UNSER LAND BRAUCHT EINEN NEUEN ANFANG

Vorläufige Tagesfolge

(Änderungen und Ergänzungen vorbehalten)

Montag, 2. 11. 1981

- 15.00 Uhr Präsidium
- 16.00 Uhr Bundesvorstand
- 18.00 Uhr Treffen der Vereinigungen
- 20.00 Uhr Treffen der Landesverbände
- 20.00 Uhr Presseempfang des Parteivorsitzenden

Dienstag, 3. 11. 1981

- 8.30 Uhr Ökumenischer Gottesdienst
- 10.00 Uhr 1. Plenarsitzung
- 10.00 Uhr
 - 1. Eröffnung
 - 2. Wahl des Tagungspräsidiums
 - 3. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
 - 4. Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - 5. Wahl der Stimmzählkommission
 - 6. Grußworte
 - 7. Grundsatzrede des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Helmut Kohl, MdB
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 14.00 Uhr 2. Plenarsitzung
- 8. Aussprache zu 7.

- 9. Begründung des Leitantrages des Bundesvorstandes durch den Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler, MdB anschließend
- 10. Aussprache zu 9.
- 19.00 Uhr Ende der 2. Plenarsitzung
- 20.00 Uhr Hamburg-Abend

Mittwoch, 4. 11. 1981

- 9.00 Uhr Beginn der Forumsdiskussion
- Forum I:
 - Bildung und Beruf. Einleitungsreferat: Frau Senator Dr. Hanna-Renate Laurien. Berichterstatte: Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht
- Forum II:
 - Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Einleitungsreferat: Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg. Berichterstatte: Walther Leisler Kiep, MdB
- Forum III:
 - Bürger und Staat. Einleitungsreferat: Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, MdL. Berichterstatte: Senator Dr. Norbert Blüm
- 13.00 Uhr Ende der Forumsdiskussion

13.00 Uhr bis

14.00 Uhr Mittagspause

14.00 Uhr Forum im Plenum

Wie sichern wir Frieden und Freiheit? Einleitungsreferat: Dr. Richard von Weizsäcker, Regierender Bürgermeister von Berlin

18.00 Uhr Ende des Forums

19.00 Uhr 3. Plenarsitzung

10. Fortsetzung der Aussprache

Donnerstag, 5. 11. 1981

9.00 Uhr 4. Plenarsitzung

10. Fortsetzung der Aussprache

11. Verabschiedung des Leitantes des Bundesvorstandes

12. Nachwahl eines Stellvertretenden Mitgliedes des Bundesparteigerichts der CDU für die Zeit bis 6. November 1984

13. Sonstige Anträge

14. Schlußwort des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl

14.00 Uhr Ende des Parteitages

Die vorliegende Tagesordnung wurde vom Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 7. September 1981 in Bonn beschlossen. Der **Leit Antrag** für den Bundesparteitag soll vom Bundesvorstand in der Sitzung am **21. September 1981** verabschiedet werden. Der Bundesvorstand kam außerdem überein, **die Antragsfrist für den Parteitag vom 3. Oktober auf den 19. Oktober 1981 zu verkürzen**. Davon unabhängig besteht die in der Satzung vorgesehene Möglichkeit, Anträge mit 30 Unterschriften auch auf dem Parteitag selbst einzubringen.

Zu den Foren am Mittwoch, 5. November 1981, ist vorgesehen, 300 bis 400 Jugendliche als Gäste einzuladen; sie werden in diesen Foren auch das volle Rederecht erhalten.

CDU Braunschweig für die Kommunalwahl gerüstet

Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen am 27. September 1981 kandidieren für die CDU in den Landkreisen Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel sowie in den kreisfreien Städten Braunschweig und Salzgitter 2 525 Mitglieder für 3 208 kommunale Mandate, erklärte der Vorsitzende des Landesverbandes Braunschweig, MdL Ernst-Henning Jahn, auf dem Landesparteitag der CDU in Helmstedt. Erfolgreicher als bei früheren Wahlen habe sich die CDU bei den Listenaufstellungen um einen repräsentativen Querschnitt der verschiedenen Bevölkerungs- und Berufsgruppen bemüht und eine beachtliche Zahl von Frauen und Jugendlichen als Kandidaten gewinnen können, so daß die CDU in der Region Braunschweig „mit einigem Optimismus“ den Wahlausgang entgegen sehe.

Seit Anfang dieses Jahres hat sich die Mitgliederzahl im Landesverband Braunschweig um real 300 erhöht und liegt damit jetzt bei annähernd 11 000.

Antiamerikanismus schlägt in Terror um

Zu dem hinterhältigen Sprengstoffanschlag, bei dem vor dem Hauptquartier der amerikanischen Luftwaffe in Europa mindestens zwölf Mitbürger verletzt worden sind, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter-Kurt Würzbach: Die CDU/CSU spricht allen Betroffenen ihr Mitgefühl aus und wünscht ihnen baldige und umfassende Genesung. Der seit Jahren betriebene Antiamerikanismus breiter linker Kreise erhält nun eine neue Dimension: ein offen praktizierter Terror. Angst und Verunsicherung soll jeden erfassen, der sich in der Nähe einer US-Einrichtung befindet.

■ VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Bundeswehrynach Sparbeschlüssen nur noch bedingt einsatzbereit

Die Aussage des Bundesverteidigungsministers, die Bundeswehr bleibe trotz Sparmaßnahmen voll einsatzbereit, entspricht nicht der Wahrheit. Das Gegenteil ist richtig, erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Manfred Wörner.

Die beschlossenen Maßnahmen greifen so tief in alle Felder der Aufgabenerfüllung — von der Ausbildung über Betrieb, Beschaffung, bis hin zur Forschung und Entwicklung — ein, daß die Bundeswehr nur als bedingt einsatzbereit angesehen werden kann. Entgegen der Aussage des Ministers reicht der Treibstoff schon im Jahre 1981 nicht aus; im Jahre 1982 werden weitere einschneidende Kürzungen bei den angegebenen Ausgaben unausweichlich sein.

Die Reduzierung der Zeitsoldaten um 8 000 Stellen bedeutet nicht nur eine weitere Belastung der ohnehin schon überlasteten Zeit- und Berufssoldaten, sondern wird noch einmal zu einer Verlängerung der Wochendienstezeiten führen. Überdies widerspricht diese Maßnahme sämtlichen Versprechungen der Bundesregierung der letzten Jahre. Die Minderung der Überweisung an die Rentenversicherung für die Wehrpflichtigen ist ein schlechter, im übrigen langfristig unsozialer Trick. Mit dem Wegfall der Sparprämie für alle Wehrpflichtigen werden erneut junge Menschen bestraft, die ihrer Pflicht ge-

nügen. Die neue Generation von 5-Tonnen-Lastkraftwagen wird in der Truppe dringend benötigt. Die alten Fahrzeuge sind zum großen Teil nicht mehr einsatzfähig.

Besonders kritisch muß man die Verringerung der Wehrübungsplätze um 1 000 werten. Das bedeutet, daß 24 000 Reservisten weniger im Jahr ausgebildet werden können. Noch im letzten Jahr hat die Bundesregierung die Aufstockung der Wehrübungsplätze als eine einschneidende Maßnahme zur Verbesserung der Einsatzbereitschaft gewertet. Überdies verstößt diese Verringerung auch gegen die Zusicherung dem Bündnis gegenüber.

Wenn der Verteidigungsminister die Flugstundenzahl der Luftwaffe von 153 — die im übrigen nicht erreicht wird — als die untere Grenze dessen bezeichnet, was von der NATO verlangt wird, so spricht er auch hier die Unwahrheit. Die mit der NATO vereinbarte Mindeststundenzahl liegt bis heute bei 180 Stunden.

Als Fazit der vom Verteidigungsminister dargestellten Maßnahmen bleibt nur das Urteil, daß die Bundesregierung in einer Zeit wachsender Bedrohung die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland mehr und mehr aufs Spiel setzt. Der Bundesverteidigungsminister, der alle diese Maßnahmen entgegen seiner eigenen Überzeugung rechtfertigt, zeigt wieder einmal, daß er seinem Amt nicht gewachsen ist.

■ VERFASSUNGS- SCHUTZ

Bericht verharmlost Volksfrontbündnisse

Die DKP hat mit Erfolg wirksame Aktionsbündnisse mit vielfach naiv denkenden Vertretern demokratischer Organisationen abgeschlossen. Die bekanntesten Beispiele sind die sogenannte Friedensbewegung und Kampagnen beim Umweltschutz, erklärt MdB Karl Miltner, Obmann der CDU/CSU im Innenausschuß des Deutschen Bundestages.

Es hätte nahegelegen, diese gefährliche Entwicklung im Verfassungsschutzbereich 1980 eingehend darzustellen. Das ist offensichtlich aus Angst vor der Bloßstellung betroffener Parteifreunde leider nicht geschehen. Die Bemühungen der DKP um „Aktions-einheit“ mit Sozialdemokraten sind im Verfassungsschutzbericht 1980 nur vage, abstrakt und in einer sachlich unzutreffenden Abschwächung erwähnt worden. Dort heißt es dazu lediglich, es sei zu einer „begrenzten Zusammenarbeit mit meist jüngeren Sozialdemokraten“ gekommen.

Es ist auch unterlassen worden, auf die Aktionsbündnisse der DKP mit den „Grünen“ und den „Alternativen“ einzugehen. Diese Fragen drängen sich besonders auf, wenn im Bericht auf das Agitationsfeld Umweltschutz eingegangen wird, wo es heißt: „Mit ihrer These ‚Erhalt des Friedens ist die wichtigste Umweltschutzaufgabe‘ waren orthodoxe

Kommunisten bestrebt, die Ökologiebewegung für die kommunistische Friedensbewegung zu gewinnen“.

Auch in diesem Jahr führt die Bundesregierung die bestehenden Volksfrontbündnisse im Verfassungsschutzbericht nicht auf. Dies stellt einen schwerwiegenden Mangel dar und zeigt, daß die Bundesregierung keinen sachgerechten präventiven Verfassungsschutz leistet.

Demgegenüber enthält der Verfassungsschutzbericht 1980 im Vergleich zu früheren Verfassungsschutzberichten der Bundesregierung wenigstens eine genauere Darstellung und Bewertung des ideologischen Standortes und der Schwerpunkte der Agitation der DKP. Zutreffend wird auf die Scheinbekenntnisse und sinnentstellende Interpretation des Grundgesetzes für die verfassungsfeindlichen Ziele der DKP hingewiesen.

Bemerkenswert sind auch die Ausführungen im Bericht zu dem von der DKP gesteuerten „Krefelder Appell“. In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU hat die Bundesregierung im Mai dieses Jahres noch unzutreffend von einer Beteiligung der DKP gesprochen. Im Bericht wird deutlicher, daß die DKP der Urheber und der steuernde Kern dieser Aktion war.

Während sich die Bundesregierung in früheren Jahren gescheut hat, die DKP als Nachfolgeorganisation oder Ersatzorganisation der verbotenen KPD zu bezeichnen, ist sie im Verfassungsschutzbericht 1980 auf dieses Thema endlich eingegangen. Im Bericht heißt es: „Die DKP repräsentiert den orthodoxen, d. h. sowjetisch orientierten Kommunismus in der Bundesrepublik.“

INFORMATIONEN/ KOALITION

Geißler warnte Brandt

Generalsekretär Heiner Geißler hat in einem Brief an den Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, die Sozialdemokraten aufgefordert, die von Teilen der SPD gemeinsam mit Chaoten und Kommunisten in Berlin geplante Demonstration gegen den amerikanischen Außenminister Haig zu unterbinden.

Geißler schreibt, der Beschluß des Berliner SPD-Landesvorstandes zeige, daß die Partei in ihrer Politik gegenüber den Vereinigten Staaten zutiefst gespalten sei. Durch die Demonstration werde den Interessen Berlins und der Bundesrepublik Deutschland schwerer Schaden zugefügt. Die SPD sollte nicht zulassen, daß sie zu der Partei wird, die die politische Position dieser Stadt entscheidend schwächt und die deutsch-amerikanische Freundschaft in Frage stellt.

Die Bischöfe hatten recht

„Seit Jahren stehen wir in der Bundesrepublik Deutschland in der Gefahr, über unsere Verhältnisse zu leben und damit die Lebenschancen unserer Kinder zu belasten. Die Ausweitung der Staatstätigkeit, die damit verbundene Bürokratisierung und die gefährlich hohe Staatsverschuldung müssen jetzt korrigiert werden.“ So stand es im Hirtenbrief der katholischen deutschen Bischöfe im August 1980 — wenige Wochen vor der letzten Bundestagswahl. Bundeskanzler Schmidt sprach der Kirche die Berechtigung für diese Mahnung ab, der SPD-Vorsitzende Brandt

meinte, die „Bischöfe stellten sich ins Abseits“, der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wischniewski und die Minister Apel und Ehrenberg drohten offen mit dem Entzug staatlicher Mittel für kirchliche Einrichtungen, SPD-Fraktionschef Wehner sah einen „Verstoß gegen die Zehn Gebote“ im Sinne des: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten.“

Hierzu MdB Dieter Weirich: Die Bischöfe aber haben recht gehabt. Die „Es-wird-grausam-werden“-Ankündigung des Bundeskanzlers vor den Finanzberatungen der Koalition nimmt sich vor dem Hintergrund der seinerzeitigen Attacke gegen den Hirtenbrief mehr als peinlich aus. Es wäre jetzt ein Zeichen des Anstandes, sich bei den Bischöfen zu entschuldigen. Dazu gehört aber geistige Stärke und der Mut zur Selbstkritik.

Bahrs Ostpolitik an Schmidt vorbei

Im Vorfeld des geplanten Treffens zwischen Bundeskanzler Schmidt und SED-Chef Honecker müssen die bisher bekannten Ergebnisse des Besuchs von Egon Bahr in Ost-Berlin mit Sorge erfüllen, erklärte Philipp Jenninger, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Es stellt sich die Frage, inwieweit Bahr bei seinen Gesprächen die Position des Kabinetts vertreten hat. Es dient dem gesamtdeutschen Interesse in keiner Weise, wenn das Gespräch mit der DDR mit unerfüllten Hoffnungen auf Fortschritte im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle befrachtet wird.

Die CDU/CSU bekräftigt nachdrücklich die Notwendigkeit des innerdeutschen Dialogs von Gesprächen und Kontakten über die Grenze hinweg. Aber die

DDR darf nicht einseitig die Themen bestimmen. Wenn sich die Bundesregierung Bahrs Kurs zu eigen macht, gerät dieser Dialog auf ein totes Gleis. Es fehlt nicht an Propaganda gegen den NATO-Doppelbeschluß, sondern an konkreten menschlichen Fortschritten im geteilten Deutschland. Honecker ist nicht für die SS 20, sondern für den Mindestumtausch zuständig. Daran hätte Bahr denken sollen. Seine Reise dürfte die Aufgabe des Bundeskanzlers nicht erleichtert haben.

Vetternwirtschaft der Bundesregierung

Zur Einbringung einer Kleinen Anfrage betreffend Versetzung politischer Beamter des Bundes in den einstweiligen Ruhestand erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carl-Dieter Spranger (CSU):

Seit der Übernahme der Regierung hat diese ein stattliches Heer von politischen Beamten in den einstweiligen Ruhestand versetzt (1969—1979: 150). Die Betroffenen beziehen fette Pensionen und üben zum Teil lukrative Nebentätigkeiten aus, die auf die Ruhestandsbezüge nicht angerechnet werden dürfen.

Das Schlimme an der Praxis ist, daß es in der Regel die eigenen Parteifreunde sind, die oft in jungen Jahren mit den höchsten Staatsposten versorgt, aber vielfach bereits nach kurzer Zeit wieder vor die Tür gesetzt worden sind. Damit verstößt die SPD/FDP-Regierung gegen den beamtenrechtlichen Grundsatz, daß eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand nur in Ausnahmefällen zulässig ist.

Anstatt diese Praxis staatlicher Verschwendung einzudämmen, hat Bundesinnenminister Baum jetzt sogar vorge-

schlagen, den Kreis der politischen Beamten noch zu erweitern. Die Bürger, denen in diesen Tagen große Opfer zugemutet werden, werden sich hierauf ihren Reim zu machen wissen.

Zurück zur Wohnungs- zwangswirtschaft?

Bundeswohnungsbauminister Dieter Haack hat in diesen Tagen den Verbänden der Wohnungswirtschaft einen Referentenentwurf zur Änderung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes zugeleitet. Dieser Gesetzentwurf ist offensichtlich der Versuch einer Antwort auf die Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU/CSU-geführten Bundesländer im Gesetzentwurf zum Wohnungsbauänderungsgesetz 1981 (Drucksache 9/468), mit dem der soziale Wohnungsbau belebt und nicht mehr gerechtfertigte Subventionen abgebaut werden sollen. Hierzu erklärte der Obmann im Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, MdB Franz Möller:

Während aber die CDU/CSU unsoziale Mietverzerrungen durch Aufhebung der Preisbindung bei Wohnungen gemeinnütziger Wohnungsunternehmen beheben und darüber hinaus etwa 900 000 Sozialmietwohnungen zusätzlich Sozialschwachen durch Belegungsbindungen vorbehalten will, geht das Bundesbauministerium mit einem dirigistischen, die Privatinitiative lähmenden Maßnahmenbündel vor. Der Entwurf ist ein Musterbeispiel sozialistischer Denkweise: Statt neue privatwirtschaftliche Impulse zu setzen — von denen die Regierungserklärung gesprochen hat —, wird das Wohl in staatlicher Lenkung und dirigistischer Planung gesehen.

Arbeitsmarkt: Bonn handelt zu spät

Zu den jüngsten Arbeitsmarktdaten gibt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, Heinz Franke, MdB, folgende Stellungnahme ab:

1. Fast 1,3 Mio. Arbeitslose bereits im August lassen befürchten, daß nach einer vielleicht geringfügigen Abnahme im September im Verlauf des vierten Quartals dieses Jahres die Arbeitslosenzahl auf über 1,5 Mio. ansteigt und für 1981 zusätzliche Finanzhilfen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit von mehr als einer Milliarde DM über den Haushaltsansatz hinaus notwendig macht.

2. Besorgniserregend ist die hohe Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen unter 20 Jahren, die erstmalig seit Jahren höher als die Arbeitslosenquote insgesamt liegt. Dies kann in diesem Ausmaß nicht durch späte Ferientermine in einigen Bundesländern bedingt sein.

3. Der extreme Anstieg der Arbeitslosigkeit der Ausländer ist zum großen Teil die Folge davon, daß die halbherzigen Maßnahmen der SPD/FDP-Koalition zur Eindämmung des Zustroms von Wirtschafts-Asylanten unzureichende Ergebnisse gebracht haben.

Jetzt melden sich seit zwei Monaten bereits die ersten Asylanten als arbeitssuchend, die zuvor ein Jahr nicht arbeiten durften und von Sozialhilfe lebten. Diese Gruppe wird in der Folgezeit stark anwachsen und die ohnehin geringen Chancen der Eingliederung in- und ausländischer Arbeitsloser in das Erwerbsleben weiter verschlechtern.

4. Sind schon die kurzfristigen Arbeitsmarktperspektiven — zum großen Teil bedingt durch Versagen der Bundesregierung — unbefriedigend, so gilt dies leider noch stärker für einen mittelfristigen Zeitraum; es ist nämlich zu befürchten, daß die seitens der Regierungskoalition beabsichtigten massiven Eingriffe in die beschäftigungsfördernden Maßnahmen (Berufsförderung, berufliche Rehabilitation, Eingliederung schwer Vermittelbarer) schon in wenigen Jahren zu einem starken Anwachsen der Zahl solcher Arbeitsloser führen, die trotz Kräftebedarfs wegen fehlender Qualifikation nicht vermittelt werden können.

Zur Vermeidung einer solchen Entwicklung sind teure und krampfhaft Beschäftigungsprogramme, wie sie der SPD vorschweben, das falsche Konzept.

Bonn finanziert DKP-Ausstellung in Kuba

Die von der DKP geführte und beherrschte „Freundschaftsgesellschaft BRD — Kuba e. V.“, die nach einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen verfassungsfeindlich genannt werden darf, hat, wie die Kölni-

sche Rundschau am 3. September mitteilte, mit direkter Unterstützung des Bonner Auswärtigen Amtes (AA) in Kuba Hauptstadt Havanna eine Ausstellung deutscher „Realistischer Druckgrafik“ eröffnet. Darunter befinden sich beispielsweise Arbeiten von Klaus Staack.

Verzicht auf höhere Diäten

Alle Fraktionen des Bundestages haben sich angesichts notwendiger Sparmaßnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen gegen eine Erhöhung der Abgeordnetendiäten für die Jahre 1981 und 1982 ausgesprochen. Die CDU/CSU kündigte darüber hinaus an, bei den Haushaltsberatungen werde sie darauf drängen, daß auch die Bezüge der Mitglieder der Bundesregierung, der Parlamentarischen Staatssekretäre und der politischen Beamten nicht angehoben werden.

Dazu erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger: Die Diäten der Bundestagsabgeordneten sind seit 1977 unverändert. Angesichts der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklung von Preisen und Löhnen wäre eine Anpassung geboten. Die schwere Krise von Wirtschaft und Finanzen macht die Sanierung aller öffentlichen Haushalte notwendig. Sparmaßnahmen, die alle

Gruppen der Bevölkerung treffen, sind unvermeidbar geworden. In dieser Lage kommt für die CDU/CSU eine Anhebung der Diäten in 1981 und 1982 nicht in Betracht. Damit ist nunmehr für sechs Jahre von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages auf jede Erhöhung ihrer Bezüge verzichtet worden.

Der Verzicht auf Anpassung der Bezüge darf aber nicht auf Abgeordnete beschränkt bleiben. Die Mitglieder der Bundesregierung, die Parlamentarischen Staatssekretäre und die politischen Beamten haben im Gegensatz zu den Mitgliedern des Deutschen Bundestages an den allgemeinen Besoldungserhöhungen (rd. 27 %) teilgenommen. Angesichts der notwendigen Sparmaßnahmen wird die CDU/CSU bei den bevorstehenden Haushaltsberatungen beantragen, die Bezüge von Angehörigen dieser Besoldungsgruppen ebenfalls nicht zu erhöhen.

Kiep zum Schreiben der Staatsanwaltschaft

Zu Presseberichten über Ermittlungen der Staatsanwaltschaft erklärte der CDU-Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep: Mir ist soeben ein Schreiben der Staatsanwaltschaft Bonn mit Datum vom 31. August 1981 (Zustellung an das Büro des Bundestagspräsidenten 11.18 Uhr) zugegangen, dem ich erstmals Hinweise darauf entnehme, was mir eigentlich vorgeworfen wird. Die Staatsanwaltschaft Bonn glaubt — aus Vorgängen, die mir nicht bekannt sind —, die Annahme ableiten zu können, daß

gegen mich ein Verdacht der Beteiligung an angeblichen Steuerhinterziehungen bestehe.

In dem Bereich, für den ich als Bundesschatzmeister verantwortlich bin, erfolgt die Finanzierung in voller Übereinstimmung mit dem vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten steuerrechtlichen Prinzipien zur Parteienfinanzierung. Für mich und meine Partei sind sämtliche steuerlichen Fragen der Parteienfinanzierung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Normenkontrollverfahren der niedersächsischen Landesregierung vom 24. Juli 1979 eindeutig beantwortet.

■ KPV-KONGRESS

Bonner Sparpläne nicht auf Kosten der Gemeinden

Die Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren Rathaus um Rathaus verloren. Wir werden unsere dominierende Stellung in der Kommunalpolitik nicht wieder abgeben, stellte Helmut Kohl auf dem Bundeskongreß der KPV in Hannover vor über 500 Delegierten fest, die 100 000 Mandatsträger der Union in den Gemeinden vertreten.

Die Kommunalpolitiker der Union lehnen es entschieden ab, kommunale Steuern und Abgaben zu erhöhen, um damit die Finanzmittel zu beschaffen, die der Bund für die Ausführung seiner Pläne und Gesetze bereitstellen müßte, erklärte der Bundesvorsitzende MdB Horst Waffenschmidt.

Der Bundeskongreß verabschiedete folgenden Initiativantrag einmütig:

① Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung werden nachdrücklich aufgefordert, bei den weiteren Beschlüssen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auch die Gemeindehaushalte finanziell zu entlasten. Hier gehören alle Leistungsgesetze auf den Prüfstand. Allein die Sozialausgaben sind bei den Gemeinden von 4 Mrd. DM 1970 auf über 17 Mrd. DM jährlich 1981 angestiegen. Wer wirklich bedürftig ist und Hilfe braucht, soll sie weiterhin erhalten.

Es muß aber geprüft werden, ob in manchen Bereichen nicht erheblich

mehr als das unbedingt Notwendige geschieht. Ferner darf es keine weiteren ausgabewirksamen Gesetze zu Lasten der Gemeinden geben.

② Die bisherigen finanzpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt 1982 führen zu einem finanzpolitischen Verschiebepfeil zu Lasten der Gemeinden. Allein im Bereich der Sozialhilfe muß mit jährlichen kommunalen Mehrausgaben von über 1 Mrd. DM gerechnet werden. Hinzu kommt, daß bei den geplanten Maßnahmen im Gesundheitswesen erhebliche Mehrbelastungen der Gemeinden im Krankenhausbereich drohen.

③ Auch die Gemeinden müssen und werden ihren Beitrag bei den notwendigen Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten, aber durch die jetzt von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen sind sie unter den Gebietskörperschaften am stärksten belastet. Einsparungseffekte für sie sollen im wesentlichen bei den geplanten Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst bei den Beamten entstehen. Da bei den Gemeinden jedoch überwiegend Angestellte und Arbeiter beschäftigt sind, ergeben sich hier viele Unsicherheiten, zumal die künftigen Tarifverträge nicht kalkulierbar sind.

④ Da rund 90% der kommunalen Ausgaben durch staatliche Gesetze, Verordnungen und Richtlinien festge-

legt sind, bleiben den Gemeinden selbst nur äußerst begrenzte Sparmöglichkeiten. Die Gemeinden müssen hier verstärkt prüfen, welche Einsparungen z. B. in Stellenplänen, beim Angebot öffentlicher Dienstleistungen und im Verwaltungsverfahren möglich sind.

5 Die Hauptgefahr der Beschlüsse der Bundesregierung liegt bei der Konsequenz, daß die Gemeinden ihre Investitionen weiter einschränken werden, wenn sie durch den Bund finanziell belastet werden, anstatt entlastet zu werden. Die Einschränkung kommunaler Investitionen geschieht bereits im Jahre 1981 in Höhe mehrerer Milliarden DM, weil die angespannte Finanzsituation dazu zwingt. Es ist politisch in höchstem Maße inkonsequent, wenn die Bundesregierung wochenlang über zusätzliche Investitionen berät und zugleich die Investitionskraft der Gemeinden so einschränkt, daß öffentliche Investitionen in Milliarden-Höhe und damit auch die Voraussetzungen für viele private Investitionen ausbleiben.

6 Die belastenden Auswirkungen der Beschlüsse der Bundesregierung treffen die Gemeinden deshalb zusätzlich besonders hart, weil der Anteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen abnimmt. Bereits in diesem Jahr wird das Steueraufkommen der Kommunen nicht nur relativ, sondern auch absolut zurückgehen, und zwar von rd. 47 Mrd. DM im Jahre 1980 auf rd. 46 Mrd. DM im Jahre 1981. Die Gemeinden haben 1981 ein Finanzierungsdefizit von über 7 Mrd. DM. Für 1982 werden die kommunalen Steuereinnahmen erneut überdurchschnittlich abnehmen. Damit setzt sich die rückläufige Tendenz für den kommunalen Anteil am Gesamtsteueraufkommen fort.

7 Entscheidend für die Gemeinde-Fi-

nanzsituation und die gesamte wirtschaftspolitische Entwicklung ist die Unterstützung der privaten Investitionsbereitschaft, z. B. im Wohnungsbau. Dies schafft neue und sichert bestehende Arbeitsplätze. Außerdem würde eine glaubwürdige Offensive zur Förderung privater Investitionen zusätzliche Steuern in die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden bringen. Die halbherzigen Beschlüsse der Bundesregierung und ihre Aufschiebe-Politik in wesentlichen wirtschaftspolitischen Bereichen schaffen kein Vertrauen für private Investitionen und eröffnen keine wirksame positive Perspektive für die Zukunft.

In drei Arbeitskreisen wurden auf dem dreitägigen Kongreß Aufgaben der Jugendpolitik, Finanzen und Steuern und Aufgaben der Wohnungspolitik ausführlich diskutiert. Die Ergebnisse wurden in Entschließungsanträgen einstimmig angenommen, ebenso einmütige Zustimmung fand ein Initiativantrag zu medienpolitischen Fragen.

Mit überwältigender Mehrheit wurde MdB Horst Waffenschmidt erneut zum Vorsitzenden der KPV gewählt. Er erhielt 225 von 238 abgegebenen Stimmen. Der Vertrauensbeweis für die wiedergewählten stellvertretenden Vorsitzenden Ernst Gerhard (Hessen), Dieter Ohnesorge (Niedersachsen) und Heinz Korbach (Rheinland/Pfalz) fiel ebenso überzeugend aus. MdB Oscar Schneider wurde als Vertreter der bayrischen KPV in den Bundesvorstand kooptiert.

Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel setzte sich insbesondere für eine Entzerrung der Gesetzesvorschriften ein, die die Kommunen betreffen. „Wer das Bundesbaugesetz liest, dem kommen die Tränen“, sagte der prominente CDU-Politiker und Präsident des Deutschen Städtetages.

ZITATE

Die Krankheit wird zum Siechtum

Entscheidende Punkte wurden nicht überbrückt, sondern ausgeklammert. Für den Augenblick mag solches Verfahren genügen. Was aber jetzt nicht geregelt werden kann, wird immer wieder auf den Tisch kommen; später vielleicht um so härter. Lösungen müssen sozial vertretbare Kompromisse sein. Um diese muß weiter gerungen werden.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

Die Krankheit wird zum Siechtum, und für die Bevölkerung ist vorerst kein Ende der Flickschusterei, kein Ende der Talfahrt in Sicht. Die hilflose Erklärung Willy Brandts, die SPD müsse auch für sie problematische Einzelentscheidungen mittragen, um das „Tandem Kohl/Strauß“ zu verhindern, legt vielmehr in aller Deutlichkeit offen, worum es in Bonn nur noch geht: Einzig um die Machterhaltung. In Bonn wird nicht mehr zum Wohle der Bürger, sondern der Regierungsparteien regiert. Und es wird nicht einmal mehr regiert, es wird nur noch verwaltet.

Stuttgarter Nachrichten

Das Grundübel einer divergierenden Wirtschafts- und Ordnungspolitik schwelt weiter. So verharrt die Koalition weiter am Scheideweg zwischen Markt und Staat.

Die Welt

Die Einigung über Details der sogenannten Operation '82 kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß SPD wie FDP in Grundsatzfragen die Grenzen der Kompromißfähigkeit erreicht haben.

Zunächst also wird einmal weiter gepokert werden. Regieren jedenfalls kann man das kaum mehr nennen.

Kölner Stadt-Anzeiger

Zieht man Bilanz, so bleibt die Sorge, daß die Koalition mit einem Gewaltakt zwar die Schwierigkeiten des laufenden Jahres gemeistert hat, sie sich aber schon im nächsten Jahr erneut ernststen Haushaltsproblemen gegenübersehen wird. Doch die wahre Gefahr für die Koalition liegt nicht hier. Sie liegt darin, daß jene unerbittlichen Auseinandersetzungen, das zähneknirschende Nachgeben nicht spurlos an einem Regierungsbündnis vorübergehen kann. Das gegenseitige Vertrauen ist sichtbar geschrumpft.

Stuttgarter Nachrichten

Beide Koalitionspartner haben sich in den beinahe zwölf Jahren gemeinsamer Regierung noch nie so deutlich voneinander abgesetzt wie jetzt. Es gibt keine gemeinsame Richtung mehr. Der einzige Ausweg heißt: Die Streitpunkte sind auszuklammern.

Hannoversche Allgemeine Zeitung

Die FDP vertraut auf die Selbstheilungskräfte der Privatwirtschaft und will sie entlasten, um ihr neuen Schwung und neue Zuversicht zu geben. Die SPD dagegen will die Wirtschaftsabläufe von Staats wegen korrigieren und scheut noch nicht einmal davor zurück, die Unternehmen, die allein den Karren wieder flott machen können, mit höhe-

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN 1
POSTFACH 24 49
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 6398 C
GEBOHR BEZAHLT

ren Steuern daran zu hindern. Für solche Wunschträume gibt es im Parlament keine Mehrheit. So gesehen sind die sich häufenden Enttäuschungen, die SPD und FDP sich und den Wählern bereiten, vielleicht der Anfang der Wende.

Kölnische Rundschau

Die beiden Bonner Koalitionspartner haben die Öffentlichkeit hier mit einem Novum überrascht: Sie lesen sich neuerdings im Kabinett gegenseitig Protokollvermerke über Unvereinbares und aufrechterhaltene Standpunkte vor. Das war nicht gerade die Vorführung großer Regierungskunst. Die Mitverantwortung von Genscher für dieses Trauerspiel ist unbestritten; aber die Letztverantwortung trägt nun einmal der Bundeskanzler. Für sein Prestige war dieser Sommer kostspielig.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Unabhängig von allen Details des Sparhaushaltes, unabhängig von Ziffern und Prozenten... stehen die beiden Koali-

tionsparteien doch an dem von Genscher schon ausgemachten Scheideweg.

DFS

„... Es ist trotz der vereinbarten Vertraulichkeit des nächtlichen Koalitionsgipfels (vom 1. September auf den 2. September) durchgesickert, daß sich die sozial-liberalen Kontrahenten so weit auseinanderdividiert haben, daß eine fruchtbare Zusammenarbeit nicht mehr gewährleistet erscheint...“

SWF II

Es bleibt der fatale Eindruck, daß beide Koalitionspartner sich bereits darauf vorbereiten, die propagandistischen Ausgangspositionen für eine baldige Trennung einzunehmen.

SDR

Was zur Zeit stattfindet, ist der — „tragische“ oder nichttragische — Abgang eines bedeutenden Menschen. Dem ohne innere Beteiligung zuzusehen, wäre unmenschlich. Es geht um den Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Der Spiegel, 7. September 1981

UID

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.